

LANDKREISTAG KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Hessischer Landkreistag wehrt sich gegen die beabsichtigte Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs

Die hessischen Landkreise sind nicht bereit, die von Finanzminister Weimar angekündigte Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs ab dem Jahr 2011 um 400 Mio. Euro hinzunehmen. Gemeinsam mit dem Hessischen Städtetag und dem Hessischen Städte- und Gemeindebund wird sich der Hessische Landkreistag mit Nachdruck gegen diese Absicht zur Wehr setzen.

Der Verweis auf die unterschiedliche Einnahmeentwicklung des Landes und der Kommunen sowie der Verweis auf die viel zu hohen Zahlungen des Landes im Länderfinanzausgleich reichen nach übereinstimmender Auffassung der drei kommunalen Spitzenverbände als Legitimationsgrundlage für eine Abwälzung der Haushaltsprobleme des Landes auf die Landkreise, Städte und Gemeinden nicht aus. Eine angemessene Aufteilung der Finanzmittel zwischen dem Land und den Kommunen setzt zwingend auch eine detaillierte und gründliche Analyse der Aufgaben- und Ausgabenbelastungen voraus.

Von dem Vorhaben des Landes wären vor allem die finanzschwachen Kommunen, insbesondere aber die hessischen Landkreise betroffen, die in besonderem Maße zur Finanzierung ihrer Ausgaben auf die Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich angewiesen sind. Schon heute belastet ein Gesamtrechnungsfehlbetrag von ca. 1,7 Mrd. Euro die 21 hessischen Landkreise. Zusätzlich wird sich konjunkturbedingt in ihren Haushalten in 2010 eine weitere Finanzierungslücke in Höhe von mindestens 400 Mio. Euro auftun.

Die drei Verbände haben inzwischen den Finanzminister aufgefordert, die Berechnungsgrundlagen auf die er sein Vorhaben stützt vorzulegen. Sie haben sich vorbehalten, zur Prüfung dieser Unterlagen auch einen externen Sachverständigen hinzuzuziehen.



Präsident des
Hessischen Landkreistages
Landrat Alfred Jakoubek

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

zum 1. September 2009 hat der Hessische Landkreistag seinen Internet-Auftritt komplett neu gestaltet. Stets aktuell können Sie sich hier über die neuesten Entwicklungen, grundsätzlichen Positionen sowie über die Gremienarbeit unseres Verbandes informieren.

Ein wichtiger Teil unserer neuen Informationen ist der Newsletter „Landkreistag kompakt“, der künftig alle zwei Monate gedruckt und elektronisch veröffentlicht wird. Sie sind herzlich eingeladen, sich für ein Abonnement der elektronischen Ausgabe auf www.hlt.de anzumelden.

Wir wünschen Ihnen viele interessante Einblicke in die Arbeit unseres Verbandes.

Ihr Alfred Jakoubek

Inhalt

AKTUELLE THEMEN SEITE 02

- **Ersatzschulfinanzierung:** Wer bestellt, bezahlt ...
- **Sicherstellung der ärztlichen Versorgung**

KURZ NOTIERT SEITE 03

- **Gesundheitsausschuss:** Langjähriger Vorsitzender Landrat Schnur verabschiedet
- **Landräte tagen in Berlin**
- **Zensus 2011:** Hessens Landkreise sind bereit
- **Jobcenter:** Schnelles Handeln nach der Bundestagswahl erforderlich

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- **Schweinegrippe-Impfungen**
- **Tarifkompromiss:** DLT trägt Tarifkompromiss im Sozial- und Erziehungsdienst mit

PERSONALIEN, EHRUNGEN, TERMINE SEITE 04

Ersatzschulfinanzierung: Wer bestellt, bezahlt ...



Nach Anrufung durch die kommunalen Spitzenverbände ist am 01.09.2009 die Konnexitätskommission des Landes Hessen zusammengetreten. Bei den Beratungen standen die finanziellen Belastungen, die sich für die öffentlichen Schulträger aus der am 01.01.2007 in Kraft getretenen Novelle des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes ergeben, im Mittelpunkt. Durch diese Novelle wurden die öffentlichen Schulträger verpflichtet, statt bisher 50 % nunmehr 75 % des Gastschulbeitrages an die Träger von Ersatzschulen zu zahlen. Die daraus resultierenden Mehrbelastungen der öffentlichen Schulträger waren für das Jahr 2007 mit 4.243.740,- Euro (Städte 1.085.096,- Euro, Landkreise 3.158.633,- Euro) und für das Jahr 2008 mit 4.434.712,- Euro (Städte 1.148.632,- Euro, Landkreise 3.286.080,- Euro) zu beziffern.

In der Verhandlung begründeten die kommunalen Spitzenverbände – wie bereits zuvor im Gesetzgebungsverfahren – nochmals ihre Auffassung, dass das Land aufgrund des in Art. 137 Abs. 6 der Hessischen Verfassung (HV) verankerten Konnexitätsprinzips verpflichtet gewesen wäre, diese finanziellen Mehrbelastungen der

öffentlichen Schulträger finanziell auszugleichen. Art. 137 Abs. 6, der am 22.09.2002 in die Hessische Verfassung eingefügt wurde, legt u.a. fest, dass immer dann, wenn die Übertragung neuer oder die Veränderung bestehender eigener oder übertragener Aufgaben durch das Land zu einer Mehrbelastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände in ihrer Gesamtheit führt, ein entsprechender Ausgleich zu schaffen ist.

Dem gegenüber vertrat das Land die Auffassung, dass eine Konnexitätsrelevanz nicht gegeben sei. Art. 137 Abs. 6 HV knüpfe allein an die „Sach“-Aufgaben an, sodass eine rein finanzielle Mehrbelastung – bei ansonsten inhaltlich unveränderter Aufgabe – nicht unter die Konnexitätsregelung falle. Zum anderen schränke auch Art. 137 Abs. 5 HV das in Abs. 6 normierte Konnexitätsprinzip ein.

Dem hielten der Hessische Landkreistag, der Hessische Städtetag und der Hessische Städte- und Gemeindebund entgegen, dass sowohl nach dem Wortlaut als auch nach der Begründung sowie der Entstehungsgeschichte des Art. 137 Abs. 6 HV auch Aufgabenänderungen, die nicht mit der inhaltlichen Veränderung einer Aufgabe verbunden sind, sondern lediglich die Finanzierung betreffen, konnexitätsrelevant sind.

Nach eingehenden Verhandlungen haben sich die beiden in der Kommission vertretenen „Bänke“ – Land und kommunale Spitzenverbände – darauf verständigt, zunächst außerhalb der Konnexitätskommission eine Lösung des Problems zu suchen und insoweit die Verhandlungen zu vertagen. Vereinbart wurde, möglichst zeitnah zusammen zu kommen, um in größerem Zusammenhang Möglichkeiten auszuloten, in gemeinsamer Entscheidungsverantwortung die finanziellen Belastungen der kommunalen Ebene zu reduzieren.

Sicherstellung der ärztlichen Versorgung

Kassenärztliche Vereinigung und Landkreistag schließen Kooperationsvereinbarung ab



Nach Erhebungen des Hessischen Landkreistages und der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen dürfte es zukünftig vor allem in ländlichen Regionen immer

schwieriger werden, frei werdende Arztsitze neu zu besetzen. Um dieser Entwicklung frühzeitig entgegenwirken zu können, haben der Hessische Landkreistag und die Kassenärztliche Vereinigung Hessen aktuell eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.

Während die Kreise eine wesentliche Verantwortung für die Krankenhausversorgung tragen, obliegt der Kassenärztlichen Vereinigung die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung bei der Bedarfsplanung. Die Partner wollen dem drohenden Ärztemangel entgegen wirken. So ist die Weiterentwicklung der Bedarfsplanung zur Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten für die vertragsärztliche Versorgung ebenso Thema wie die Prüfung einer stärkeren Verzahnung zwischen ambulanten und stationären Angeboten unter Beteiligung des Klinikverbundes Hessen. Des Weiteren sollen die Möglichkeiten zur Reduzierung der Belastungen der Ärzte im Bereitschaftsdienst, zur Förderung der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin sowie zur Schaffung eines Anreizsystems für die Übernahme von Landarztpraxen untersucht werden.

Gesundheitsausschuss: Langjähriger Vorsitzender Landrat Schnur verabschiedet



Minister Banzer im Gespräch mit Landrat Schnur

Der Gesundheitsausschuss des Hessischen Landkreistages hat am 01.07.2009 in Erbach seinen langjährigen Vorsitzenden, Landrat Horst Schnur (Odenwaldkreis) verabschiedet, der zum 31.08.2009 in den Ruhestand ging. Bei dieser letzten Sitzung wurde das Engagement Schnurs insbesondere auf dem Gebiet der Krankenhausträgerschaften hervorgehoben. Der an der Sitzung teilnehmende Hessische Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit, Jürgen Banzer, betonte die besonderen Kompetenzen der Landkreise für die Infrastruktur gerade im Bereich der Gesundheitsversorgung.

Landräte tagen in Berlin



v. l.: DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Henneke, Minister de Maizière und Präsident Jakoubek

Beim diesjährigen Landräte-Seminar in Berlin standen mit Brigitte Zypries, Bundesministerin der Justiz, und Thomas de Maizière, Chef des Bundeskanzleramtes, kompetente, hochrangige Ansprechpartner zu Bund und Kommunen gleichermaßen tangierenden politischen Fragen zur Verfügung. Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, erläuterte aktuelle Themen der Sparkassenpolitik. Mit Ministerialdirektor Dr. Horst Risse, Deutscher Bundestag, wurden die Föderalismusreformen und mit Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des DLT, die zentralen Erwartungen an die Bundesregierung und den neu zu wählenden Bundestag debattiert. Die Räumlichkeiten im Bundeskanzleramt, beim Sparkassen- und Giroverband, der Hessischen Landesvertretung sowie dem Deutschen Landkreistag bildeten einen interessanten Rahmen für gelungene Gespräche.

Zensus 2011: Hessens Landkreise sind bereit

Im Jahr 2011 soll eine weitgehend rechnergestützte Erhebung der Bevölkerungsdaten durchgeführt werden. Diese soll an die Stelle der Volkszählungen klassischer Prägung treten und wird europaweit durchgeführt. Gegenwärtig wird in einer Arbeitsgruppe der Staatskanzlei unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände über die Organisation und insbesondere die Verankerung der Erhebungsstellen beraten. Nach eingehender Beratung ist das Präsidium zu der Überzeugung gekommen, dass eine strikte Beachtung des Konnexitätsprinzips und die daraus resultierende volle Erstattung der bei den Kommunen entstehenden Kosten zwingende Voraussetzung ist.

Das Präsidium sieht die originären Zuständigkeiten für die Aufgabenerledigung zwar bei den Städten und Gemeinden, da diese als Meldebehörde und unmittelbare örtliche Ebene die meisten erforderlichen Daten bereits vorrätig haben. Eine Aufgabenzuweisung an kreisangehörige Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern ist jedoch wegen des enormen Organisations- und Verwaltungsaufwandes sowie wegen der geringen Anzahl der durchzuführenden Erhebungen wenig sinnvoll. Hessens Landkreise bieten deshalb den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, unabhängig von ihrer Einwohnerzahl, ihre Unterstützung bei der Organisation und Durchführung des Zensus 2011 an.

Da auch die anderen kommunalen Spitzenverbände zu dieser Einschätzung neigen, wird davon ausgegangen, dass die Hessische Landesregierung die Sonderstatusstädte, kreisfreien Städte sowie Landkreise mit der Durchführung des Zensus 2011 beauftragen wird.

Jobcenter: Schnelles Handeln nach der Bundestagswahl erforderlich

Mit großem Unverständnis haben die hessischen Landkreise auf das Scheitern der Reform der Jobcenter zur Betreuung der Langzeitarbeitslosen und ihrer Familien reagiert.

Das Bundesverfassungsgericht hatte dem Bundesgesetzgeber aufgegeben, die Neuorganisation der Trägerschaft zum 31.12.2010 verfassungsgemäß zu lösen, da die Arbeitsgemeinschaften (ARGE) von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit nicht dem Grundgesetz entsprechen. Auch die 13 Optionskommunen in Hessen, welche die Aufgaben als Grundsicherungsträger alleine ausführen, besitzen nur eine Zulassung bis zum 31.12.2010. Wie es danach weiter geht, ist bislang noch immer offen. Im Interesse der betroffenen Menschen fordern die hessischen Landkreise daher die Bundes- und Landesregierungen auf, sich nach der Bundestagswahl schnellstens auf eine zukunftsfähige Lösung zu verständigen.

Schweinegrippe-Impfungen

Deutscher Landkreistag begrüßt Kabinettsbeschluss zu Schweinegrippe-Impfungen – Umsetzung aber weiter ungeklärt



Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat die Entscheidung zur Kostentragung bei den anstehenden Schweinegrippe-Impfungen begrüßt. Es sei richtig, dass die Krankenkassen bis zur vereinbarten Grenze für die Kosten aufkämen. Ungeklärt sei aller-

dings die wichtige Frage der Durchführung der Impfungen, über die die Länder entscheiden müssen.

Der DLT fordert, schwerpunktmäßig auf das enge Netz der Hausärzte zurückzugreifen und den öffentlichen Gesundheitsdienst koordinierend und ergänzend einzusetzen, etwa bei der Information der Bevölkerung oder dem Impfen von Belegschaften in der jeweiligen Dienststelle. Zudem erfüllen die Gesundheitsämter wichtige koordinierende Aufgaben und informieren die Bevölkerung in geeigneter Weise.

Tarifkompromiss

Deutscher Landkreistag trägt Tarifkompromiss im Sozial- und Erziehungsdienst mit

Der Deutsche Landkreistag (DLT) trägt den unlängst ausgehandelten Tarifkompromiss im Sozial- und Erziehungsdienst mit. Zwar gehe der Abschluss über die finanzielle Leistungsgrenze der Kommunen hinaus, allerdings sei zu begrüßen, dass damit endlich der auf dem Rücken von Eltern und Kindern ausgetragene Kita-Streik ein Ende gefunden habe.

Der Verband wies aber auch darauf hin, dass die Einigung keine Qualitätsverbesserung mit sich bringen würde und über die Qualität weiterhin verhandelt werden müsse. Auch Verbesserungen in der Relation von Erziehern zu Kindern seien mit dem teuren Tarifabschluss nicht näher gerückt. Der DLT spricht sich generell für mehr Fortbildungsangebote aus, die dann verpflichtend sein sollten, wenn höhere Vergütungsgruppen angestrebt würden.

Zum 1. Juli 2009 hat Uwe Schmidt (SPD) die Nachfolge von Dr. Udo Schlitzberger (SPD) als Landrat des Landkreises Kassel angetreten. Das Amt der Ersten Kreisbeigeordneten nimmt seitdem Susanne Selbert (SPD) wahr.

Nachfolger von Horst Schnur (SPD) als Landrat des Odenwaldkreises ist seit dem 1. September 2009 Dietrich Kübler (ÜWG).

Seit 1. Juli 2009 hat Dirk Oßwald (FWG) die Nachfolge von Stefan Becker (FWG) als Erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Gießen angetreten.

EHRUNGEN

Landrat Horst Schnur wurde für sein herausragendes Engagement, insbesondere im Gesundheitsausschuss, dessen Vorsitz er 17 Jahre inne hatte, mit der Ehrenmedaille des Hessischen Landkreistages ausgezeichnet.

TERMINE

- **Rechts- und Europaausschuss**
Dienstag, 15.09.2009, 10:00 Uhr, Wetzlar
- **Präsidium**
Mittwoch, 23.09.2009, 09:30 Uhr, Wiesbaden
- **Landräte-Konferenz Nord**
Dienstag, 27.10.2009, 09:30 Uhr, Neuenstein-Aua
- **Bezirksversammlung Nord**
Dienstag, 27.10.2009, 10:30 Uhr, Neuenstein-Aua
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Donnerstag, 29.10.2009, 10:00 Uhr, Kassel
- **Bezirksversammlung Mitte**
Mittwoch, 04.11.2009, 10:00 Uhr, Gelnhausen
- **Sozialausschuss**
Donnerstag, 05.11.2009, 10:00 Uhr, Marburg
- **Bezirksversammlung Süd**
Freitag, 06.11.2009, 09:00 Uhr, Vogelsbergkreis
- **Schul- und Kulturausschuss**
Donnerstag, 12.11.2009, 10:00 Uhr, Ort offen
- **Präsidium**
Donnerstag, 19.11.2009, 16:00 Uhr, Wiesbaden
- **Mitgliederversammlung**
Freitag, 20.11.2009, 09:00 Uhr, Wiesbaden
- **Jahrestagung**
Freitag, 20.11.2009, 10:30 Uhr, Wiesbaden



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-33
E-Mail: hartwig@hlt.de
Internet: www.hlt.de

VERANTWORTLICH

Direktor Gerrit Kaiser
(z. Z. geschäftsführend)
Direktor Dr. Jan Hilligardt

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Yvonne Hartwig
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zweimonatlich
300 Stück
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.